

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und vom Vermögensteuern (Montenegro), Fassung vom 23.02.2024

Langtitel

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Montenegros zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
StF: BGBl. III Nr. 51/2015 (NR: GP XXV RV 227 AB 311 S. 46. BR: AB 9252 S. 834.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Ratifikationstext

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 16. Dezember 2014 bzw. 16. April 2015 (eingelangt am 21. April 2015) abgegeben; das Abkommen ist daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 21. April 2015 in Kraft getreten.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung Montenegros, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,
haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

1. Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

2. Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

3. Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a. in Österreich:
 - i. die Einkommensteuer;
 - ii. die Körperschaftsteuer;
 - iii. die Grundsteuer;
 - iv. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

- v. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- b. in Montenegro:
 - i. die Körperschaftsteuer; und
 - ii. die Einkommensteuer.

4. Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1. Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
 - a. bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - b. bedeutet der Ausdruck „Montenegro“ den Staat Montenegro und, im geographischen Sinn verwendet, das Gebiet Montenegros zu Land, seine Binnengewässer und die Zone der Hoheitsgewässer, den darüber liegende Luftraum sowie den Meeresgrund und Meeresuntergrund des Teils der hohen See, der außerhalb der Außengrenze der Hoheitsgewässer liegt, über die Montenegro in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Gesetzen und dem Völkerrecht Hoheitsrechte zum Zwecke der Erforschung und Ausbeutung von Bodenschätzen ausübt;
 - c. umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - d. bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - e. bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
 - f. bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g. bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h. bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i. in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii. in Montenegro: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i. bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i. jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii. jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
 - j. schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

2. Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

1. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

2. Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
 - a. Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b. kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c. hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
 - d. ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

3. Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

1. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

2. Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a. einen Ort der Leitung,
- b. eine Zweigniederlassung,
- c. eine Geschäftsstelle,
- d. eine Fabrikationsstätte,
- e. eine Werkstätte und
- f. ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

3. Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

4. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a. Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

5. Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

6. Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen

unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

7. Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

1. Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

3. Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

4. Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

1. Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

2. Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

3. Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

4. Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

5. Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

6. Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

7. Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

1. Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

2. Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

3. Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

1. Wenn

- a. ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b. dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

2. Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

1. Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a. 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 5 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b. 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

3. Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

4. Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig

ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

5. Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

1. Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

3. Ungeachtet des Absatzes 2 werden Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen, in diesem Vertragsstaat von der Besteuerung ausgenommen, wenn die Zinsen für Darlehen, Forderungen oder Kredite gezahlt werden, die diesem Staat geschuldet oder von diesem Staat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder Ausfuhrförderungsstellen gewährt, garantiert oder versichert werden.

4. Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

5. Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

6. Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

7. Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

1. Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Staat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a. 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von Absatz 3, Unterabsatz a;
- b. 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von Absatz 3, Unterabsatz b.

3. Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung:

a. von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme und Aufnahmen oder anderer Medien, die für Radio- oder Fernsehübertragungen benutzt werden, oder anderer Mittel der Wiedergabe oder Übertragung oder Computersoftware;

b. von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

4. Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

5. Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

6. Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

1. Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

3. Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

4. Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

1. Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

2. Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a. der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b. die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c. die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

3. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr

betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

1. Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

2. Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

1. a. Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b. Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

- i. ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- ii. nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

2. a. Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

b. Diese Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

3. Absatz 1 gilt auch für Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die den Bediensteten der Repräsentanzen der Wirtschaftskammern eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat gezahlt werden.

4. Auf Gehälter, Löhne, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

1. Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

2. Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

Artikel 20

ANDERE EINKÜNFTE

1. Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

2. Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

VERMÖGEN

1. Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

2. Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

3. Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

4. Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

1. In Österreich:

- a. Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Montenegro besteuert werden, so rechnet Österreich
 - i. auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Montenegro gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - ii. auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Montenegro gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Montenegro besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Montenegro besteuert werden darf, entfällt.

- b. Bezieht eine in Österreich ansässige Person, die in Montenegro eine nachhaltige aktive Geschäftstätigkeit ausübt, Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach Artikel 7 in Montenegro besteuert werden, so nimmt Österreich ungeachtet der lit. a diese Einkünfte von der Besteuerung

aus. Ungeachtet der lit. a gilt diese Befreiung auch für Einkünfte, die eine in Österreich ansässige Person bezieht und die nach Artikel 14 in Montenegro besteuert werden dürfen.

- c. Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

2. In Montenegro:

a. Bezieht eine in Montenegro ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Montenegro

- i. auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- ii. auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden darf, entfällt.

b. Einkünfte oder Vermögen einer in Montenegro ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Montenegro auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Montenegro bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 23

GLEICHBEHANDLUNG

1. Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

2. Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

3. Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

4. Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

5. Dieser Artikel gilt für Steuern die von Artikel 2 dieses Abkommens umfasst sind.

Artikel 24

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

1. Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall

der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

2. Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

3. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

4. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

INFORMATIONSAUSTAUSCH

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a. Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b. Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c. Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 26

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 27

SONSTIGES

Ungeachtet der Bestimmungen anderer Artikel dieses Abkommens erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person nicht die Vorteile einer in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerreduktion oder Steuerbefreiung vom anderen Vertragsstaat, sofern der Hauptzweck oder einer der Hauptzwecke einer solchen ansässigen Person oder einer mit der ansässigen Person verbundenen Person die Erlangung von Abkommensvorteilen war.

Artikel 28

INKRAFTTRETEN

1. Die Vertragsstaaten teilen einander schriftlich auf diplomatischem Wege mit, dass die für das Inkrafttreten dieses Abkommens nach innerstaatlichem Recht erforderlichen Maßnahmen erfüllt sind.

2. Dieses Abkommen tritt am Tag der späteren dieser Mitteilungen in Kraft und seine Bestimmungen finden auf Steuern vom Einkommen und vom Vermögen Anwendung, die zu Steuerjahren gehören, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Inkrafttreten des Abkommens folgt.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen zumindest sechs Monate vor dem Ende eines Kalenderjahres, das nach dem Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt dessen Inkrafttretens beginnt, schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr in Bezug auf Steuern Anwendung, die zu Steuerjahren gehören, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 16. Juni 2014, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, montenegrinischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Montenegros abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 7

Wenn ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte Waren verkauft oder eine Geschäftstätigkeit ausübt, so werden in Bezug auf Artikel 7, Absätze 1 und 2, Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des gesamten Betrages, den das Unternehmen erzielt, sondern nur auf der Grundlage jenes Teils des gesamten Betrages ermittelt, der der tatsächlichen Tätigkeit der Betriebsstätte für diese Verkäufe oder diese Geschäftstätigkeit zugerechnet werden kann.

Wenn ein Unternehmen eine Betriebsstätte unterhält, gilt bei Verträgen über die Überwachung, Lieferung, Montage oder Bauausführung industrieller, gewerblicher oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder Räumlichkeiten oder über öffentliche Arbeiten als vereinbart, dass Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage der gesamten Vertragssumme, sondern nur auf der Grundlage jenes Teils des vom Unternehmen erzielten Gesamtbetrages ermittelt werden, der dem Teil des Vertrages zugerechnet werden kann, der von der Betriebsstätte in dem Staat, in dem sie gelegen ist, tatsächlich ausgeführt wird.

Gewinne, die den Teil des Vertrages betreffen, der vom Hauptsitz des Unternehmens ausgeführt wird, dürfen nur in dem Staat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist.

2. Zu Artikel 11 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass folgende Ausfuhrförderungsstellen in Österreich bestehen:

- a. Oesterreichische Kontrollbank AG, und
- b. Oesterreichische Entwicklungsbank AG.

3. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

4. Zu Artikel 25

a. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- i. die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- ii. eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte;
- iii. den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- iv. die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- v. den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- vi. eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

b. Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 25 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

c. Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 25 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die Grundsätze aus den Kommentaren der OECD (insbesondere Absatz 5 des Kommentars zu Artikel 26) zu berücksichtigen sind.

5. Zu Artikel 27

Das Abkommen ist nicht so auszulegen, dass die Anwendung der Vorschriften des nationalen Rechts eines Vertragsstaates zur Verhinderung von Steuerumgehung oder -hinterziehung in irgendeiner Weise beschränkt werden.

6. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 16. Juni 2014, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, montenegrinischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2015

Ausgegeben am 4. Mai 2015

Teil III

51. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Montenegros zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

(NR: GP XXV RV 227 AB 311 S. 46. BR: AB 9252 S. 834.)

51.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Montenegros zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

[Abkommen in deutscher Sprachfassung, siehe Anlagen]

[Abkommen in englischer Sprachfassung, siehe Anlagen]

[Abkommen in montenegrinischer Sprachfassung, siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 16. Dezember 2014 bzw. 16. April 2015 (eingelangt am 21. April 2015) abgegeben; das Abkommen ist daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 21. April 2015 in Kraft getreten.

Faymann

**ABKOMMEN ZWISCHEN
DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
REGIERUNG MONTENEGROS ZUR VERMEIDUNG DER
DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM
EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung Montenegros, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

1. Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

2. Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

3. Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a. in Österreich:

- i. die Einkommensteuer;
- ii. die Körperschaftsteuer;
- iii. die Grundsteuer;
- iv. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- v. die Abgabe vom Bodenwert bei un bebauten Grundstücken;

b. in Montenegro:

- i. die Körperschaftsteuer; und
- ii. die Einkommensteuer.

4. Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1. Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a. bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
- b. bedeutet der Ausdruck "Montenegro" den Staat Montenegro und, im geographischen Sinn verwendet, das Gebiet Montenegros zu Land, seine Binnengewässer und die

Zone der Hoheitsgewässer, den darüber liegende Luftraum sowie den Meeresgrund und Meeresuntergrund des Teils der hohen See, der außerhalb der Außengrenze der Hoheitsgewässer liegt, über die Montenegro in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Gesetzen und dem Völkerrecht Hoheitsrechte zum Zwecke der Erforschung und Ausbeutung von Bodenschätzen ausübt;

- c. umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- d. bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- e. bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- f. bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g. bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h. bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - i. in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii. in Montenegro: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- i. bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - i. jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii. jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- j. schließt der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

2. Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

1. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine

Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

2. Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a. Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b. kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c. hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d. ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

3. Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

1. Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

2. Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a. einen Ort der Leitung,
- b. eine Zweigniederlassung,
- c. eine Geschäftsstelle,
- d. eine Fabrikationsstätte,
- e. eine Werkstatt und
- f. ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

3. Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

4. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a. Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

5. Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

6. Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

7. Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

1. Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall

das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

3. Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

4. Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

1. Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

2. Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

3. Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

4. Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

5. Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

6. Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

7. Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

1. Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

2. Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

3. Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

1. Wenn

- a. ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b. dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

2. Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

1. Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

a. 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 5 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b. 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

3. Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

4. Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

5. Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

1. Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der

Nutzungsberechtigte der Zinsen eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

3. Ungeachtet des Absatzes 2 werden Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen, in diesem Vertragsstaat von der Besteuerung ausgenommen, wenn die Zinsen für Darlehen, Forderungen oder Kredite gezahlt werden, die diesem Staat geschuldet oder von diesem Staat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder Ausfuhrförderungsstellen gewährt, garantiert oder versichert werden.

4. Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

5. Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

6. Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

7. Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

1. Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Staat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

a. 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von Absatz 3, Unterabsatz a;

b. 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von Absatz 3,

Unterabsatz b.

3. Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung:

a. von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme und Aufnahmen oder anderer Medien, die für Radio- oder Fernsehübertragungen benutzt werden, oder anderer Mittel der Wiedergabe oder Übertragung oder Computersoftware;

b. von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

4. Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

5. Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

6. Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

1. Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

2. Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

3. Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb

dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

4. Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

1. Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

2. Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a. der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b. die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c. die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

3. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

1. Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

2. Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

1.
 - a. Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
 - b. Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i. ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii. nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
2.
 - a. Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

- b. Diese Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

3. Absatz 1 gilt auch für Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die den Bediensteten der Repräsentanzen der Wirtschaftskammern eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat gezahlt werden.

4. Auf Gehälter, Löhne, Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

1. Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

2. Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

Artikel 20

ANDERE EINKÜNFTE

1. Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

2. Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

VERMÖGEN

1. Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

2. Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

3. Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

4. Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

1. In Österreich:

a. Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Montenegro besteuert werden, so rechnet Österreich

i. auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in Montenegro gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

ii. auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in Montenegro gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Montenegro besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Montenegro besteuert werden darf, entfällt.

b. Bezieht eine in Österreich ansässige Person, die in Montenegro eine nachhaltige aktive Geschäftstätigkeit ausübt, Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach Artikel 7 in Montenegro besteuert werden, so nimmt Österreich ungeachtet der lit. a diese Einkünfte von der Besteuerung aus. Ungeachtet der lit. a gilt diese Befreiung auch für Einkünfte, die eine in Österreich ansässige Person bezieht und die nach Artikel 14 in Montenegro besteuert werden dürfen.

c. Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

2. In Montenegro:

a. Bezieht eine in Montenegro ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Montenegro

- i. auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- ii. auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden darf, entfällt.

b. Einkünfte oder Vermögen einer in Montenegro ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Montenegro auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Montenegro bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 23

GLEICHBEHANDLUNG

1. Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

2. Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

3. Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

4. Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner

Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

5. Dieser Artikel gilt für Steuern die von Artikel 2 dieses Abkommens umfasst sind.

Artikel 24

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

1. Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

2. Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

3. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

4. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

INFORMATIONSAUSTAUSCH

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften

Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a. Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b. Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c. Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 26

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 27

SONSTIGES

Ungeachtet der Bestimmungen anderer Artikel dieses Abkommens erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person nicht die Vorteile einer in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerreduktion oder Steuerbefreiung vom anderen Vertragsstaat, sofern der Hauptzweck

oder einer der Hauptzwecke einer solchen ansässigen Person oder einer mit der ansässigen Person verbundenen Person die Erlangung von Abkommensvorteilen war.

Artikel 28

INKRAFTTRETEN

1. Die Vertragsstaaten teilen einander schriftlich auf diplomatischem Wege mit, dass die für das Inkrafttreten dieses Abkommens nach innerstaatlichem Recht erforderlichen Maßnahmen erfüllt sind.

2. Dieses Abkommen tritt am Tag der späteren dieser Mitteilungen in Kraft und seine Bestimmungen finden auf Steuern vom Einkommen und vom Vermögen Anwendung, die zu Steuerjahren gehören, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Inkrafttreten des Abkommens folgt.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen zumindest sechs Monate vor dem Ende eines Kalenderjahres, das nach dem Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt dessen Inkrafttretens beginnt, schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr in Bezug auf Steuern Anwendung, die zu Steuerjahren gehören, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 16. Juni 2014, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, montenegrinischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Sonja Steßl m.p.

Für die Regierung
Montenegros:

Slavica Milačić m.p.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung Montenegros abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 7

Wenn ein Unternehmens eines Vertragsstaats durch eine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte Waren verkauft oder eine Geschäftstätigkeit ausübt, so werden in Bezug auf Artikel 7, Absätze 1 und 2, Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des gesamten Betrages, den das Unternehmen erzielt, sondern nur auf der Grundlage jenes Teils des gesamten Betrages ermittelt, der der tatsächlichen Tätigkeit der Betriebsstätte für diese Verkäufe oder diese Geschäftstätigkeit zugerechnet werden kann.

Wenn ein Unternehmen eine Betriebsstätte unterhält, gilt bei Verträgen über die Überwachung, Lieferung, Montage oder Bauausführung industrieller, gewerblicher oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder Räumlichkeiten oder über öffentliche Arbeiten als vereinbart, dass Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage der gesamten Vertragssumme, sondern nur auf der Grundlage jenes Teils des vom Unternehmen erzielten Gesamtbetrages ermittelt werden, der dem Teil des Vertrages zugerechnet werden kann, der von der Betriebsstätte in dem Staat, in dem sie gelegen ist, tatsächlich ausgeführt wird.

Gewinne, die den Teil des Vertrages betreffen, der vom Hauptsitz des Unternehmens ausgeführt wird, dürfen nur in dem Staat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist.

2. Zu Artikel 11 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass folgende Ausfuhrförderungsstellen in Österreich bestehen:

- a. Oesterreichische Kontrollbank AG, und
- b. Oesterreichische Entwicklungsbank AG.

3. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

4. Zu Artikel 25

a. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- i. die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- ii. eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte;
- iii. den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;

iv. die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;

v. den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;

vi. eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

b. Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 25 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

c. Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 25 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die Grundsätze aus den Kommentaren der OECD (insbesondere Absatz 5 des Kommentars zu Artikel 26) zu berücksichtigen sind.

5. Zu Artikel 27

Das Abkommen ist nicht so auszulegen, dass die Anwendung der Vorschriften des nationalen Rechts eines Vertragsstaates zur Verhinderung von Steuerumgehung oder -hinterziehung in irgendeiner Weise beschränkt werden.

6. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 16. Juni 2014, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, montenegrinischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

Sonja Steßl m.p.

Für die Regierung
Montenegros:

Slavica Milačić m.p.

**CONVENTION BETWEEN
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND
THE GOVERNMENT OF MONTENEGRO FOR THE AVOIDANCE OF
DOUBLE TAXATION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Government of the Republic of Austria and the Government of Montenegro, desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

Article 1

PERSONS COVERED

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

TAXES COVERED

1. This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a. in Austria:

- i. the income tax (die Einkommensteuer);
- ii. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
- iii. the land tax (die Grundsteuer);
- iv. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- v. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

b. in Montenegro:

- i. the corporate profit tax; and
- ii. the personal income tax.

4. The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

Article 3

GENERAL DEFINITIONS

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:
 - a. the term "Austria" means the Republic of Austria;
 - b. the term "Montenegro" means the State of Montenegro and, when used in a geographical sense, it means the land territory of Montenegro, its internal sea waters and the belt of the territorial sea, the air space thereover, as well as the seabed and subsoil of the part of the high sea outside the outer limit of the territorial sea over which Montenegro exercises its sovereign rights for the purpose of exploration and exploitation of their natural resources in accordance with its internal legislation and international law;
 - c. the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
 - d. the term "company" means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
 - e. the term "enterprise" applies to the carrying on of any business;
 - f. the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
 - g. the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
 - h. the term "competent authority" means:
 - i. in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorized representative;
 - ii. in Montenegro: the Ministry of Finance or its authorized representative;
 - i. the term "national", in relation to a Contracting State, means:
 - i. any individual possessing the nationality or citizenship of that Contracting State; and
 - ii. any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in that Contracting State;
 - j. the term "business" includes the performance of professional services and of other activities of an independent character.
2. As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

RESIDENT

1. For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a. he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b. if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c. if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d. if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

PERMANENT ESTABLISHMENT

1. For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" includes especially:

- a. a place of management;
- b. a branch;
- c. an office;
- d. a factory;

e. a workshop, and

f. a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

a. the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

b. the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

c. the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

d. the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

e. the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

f. the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a. to e., provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

Article 7

BUSINESS PROFITS

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

SHIPPING AND AIR TRANSPORT

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

1. Where

- a. an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b. the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

2. Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have

accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

DIVIDENDS

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

a. 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 5 per cent of the capital of the company paying the dividends;

b. 10 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

INTEREST

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest shall be exempted from tax in the Contracting State in which it arises if the interest is paid in respect of a loan, debt-claim or credit that is owed to, or made, provided, guaranteed or insured by, that State or a political subdivision, local authority or export financing agency thereof.

4. The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

5. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

6. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

7. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

a. 5 per cent of the gross amount of the royalties within the meaning of subparagraph a) of paragraph 3;

b. 10 per cent of the gross amount of the royalties within the meaning of subparagraph b) of paragraph 3.

3. The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use:

a. any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematographic films and recordings on tape or other media used for radio or television broadcasting or other means of reproduction or transmission or computer software;

b. any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

4. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

CAPITAL GAINS

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise), may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. Gains from the alienation of any property, other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INCOME FROM EMPLOYMENT

1. Subject to the provisions of Articles 15, 17, 18 and 19 salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a. the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b. the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c. the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 15

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16

ARTISTES AND SPORTSPERSONS

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14 income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other State or political subdivisions or local authorities thereof or by an institution which is recognised as a non-profit institution. In such a case, the income is taxable only in the Contracting State in which the person is a resident.

Article 17

PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18 pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 18

GOVERNMENT SERVICE

1. a. Salaries, wages and other similar remuneration paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

- b. However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
- i. is a national of that State; or
 - ii. did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
2. a. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, pensions and other similar remuneration paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- b. However, such pensions and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
3. The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of salaries, wages and other similar remuneration paid to the employees of representative offices of the Chamber of Commerce of a Contracting State in the other Contracting State.
4. The provisions of Articles 14, 15, 16, and 17 shall apply to salaries, wages, pensions and other similar remuneration in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 19

STUDENTS

1. Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.
2. Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

Article 20

OTHER INCOME

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

Article 21

CAPITAL

1. Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 22

ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

Double taxation shall be eliminated as follows:

1. In Austria:

a. Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Montenegro, Austria shall allow:

i. as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Montenegro;

ii. as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Montenegro.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable,

as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Montenegro.

- b. Where a resident of Austria who is engaged in substantive active business operations in Montenegro, derives income which, in accordance with the provisions of Article 7, may be taxed in Montenegro, Austria shall, notwithstanding subparagraph a., exempt such income from tax. Notwithstanding sub-paragraph a., such exemption shall also apply to income derived by a resident of Austria which, in accordance with the provisions of Article 14, may be taxed in Montenegro.
- c. Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

2. In Montenegro:

a. Where a resident of Montenegro derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Montenegro shall allow:

- i. as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;
- ii. as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria.

Such deduction in either case, however, shall not exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to the income or the capital which may be taxed in Austria.

b. Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Montenegro is exempt from tax in Montenegro, Montenegro may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

Article 23

NON-DISCRIMINATION

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

3. Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

4. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

5. The provisions of this Article shall apply to taxes covered by Article 2 of this Convention.

Article 24

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 25

EXCHANGE OF INFORMATION

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

2. Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such use.

3. In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

a. to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

b. to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

c. to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

4. If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

5. In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

Article 26

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 27

MISCELLANEOUS RULES

Notwithstanding the provisions of any other Article of this Convention, a resident of a Contracting State shall not receive the benefit of any reduction in or exemption from tax provided for in the Convention by the other Contracting State if the main purpose or one of the main purposes of such resident or a person connected with such resident was to obtain the benefits of the Convention.

Article 28

ENTRY INTO FORCE

1. The Contracting States shall notify each other in writing, through diplomatic channels, that the procedures required by their domestic laws for entry into force of this Convention have been complied with.

2. This Convention shall enter into force on the date of the later of these notifications and its provisions shall have effect in respect of the taxes on income and on capital derived in each fiscal year beginning on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which this Convention enters into force.

Article 29

TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination at least six months before the end of any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force. In such event, this Convention shall cease to have effect in respect of the taxes derived in each fiscal year beginning on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate at Vienna, on 16 June 2014, in the German, Montenegrin and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Government of
the Republic of Austria:

Sonja Steßl m.p.

For the Government of
Montenegro:

Slavica Milačić m.p.

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital, this day concluded between the Government of the Republic of Austria and the Government of Montenegro, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention.

1. With reference to Article 7

In respect of paragraphs 1 and 2 of Article 7, where an enterprise of a Contracting State sells goods or merchandise or carries on business in the other State through a permanent establishment situated therein, the profits of that permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount received by the enterprise, but shall be determined only on the basis of that part of the total amount received which is attributable to the actual activity of the permanent establishment for such sales or business.

In the case of contracts for the survey, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or premises, or for public works, when the enterprise has a permanent establishment, it is understood that the profits of such permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount of the contract, but shall be determined only on the basis of that part of the total amount received by the enterprise which is attributable to the part of the contract effectively carried out by the permanent establishment in the State where the permanent establishment is situated.

The profits related to that part of the contract which is carried out by the head office of the enterprise shall be taxable only in the State of which the enterprise is a resident.

2. With reference to paragraph 3 of Article 11

It is understood that export financing agencies in Austria are:

- a. Oesterreichische Kontrollbank AG, and
- b. Oesterreichische Entwicklungsbank AG.

3. With reference to paragraph 3 of Article 16

It is understood that paragraph 3 shall also apply to legal entities which carry on orchestras, theatres, ballet groups as well as to members of such cultural entities if such legal entities are substantially non-profit entities in the long term and if this is certified by the competent authority of the State of residence.

4. With reference to Article 25

a) The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- i. the identity of the person under examination or investigation;
- ii. a statement of the information sought;
- iii. the tax purpose for which the information is sought;
- iv. grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is

in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;
v. to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;
vi. a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

b) It is understood that paragraph 5 of Article 25 does not require the Contracting States to exchange information on a spontaneous or automatic basis.

c) It is understood that, in addition to the above mentioned principles, for the interpretation of Article 25, the principles established in the OECD Commentaries (in particular, paragraph 5 of the Commentary on Article 26) shall be considered as well.

5. With reference to Article 27

Nothing in the Convention shall be construed as restricting, in any manner, the application of any provisions of the laws of a Contracting State which are designed to prevent the avoidance or evasion of taxes.

6. Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on Income and on Capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the Commentaries thereon.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Vienna, on 16 June 2014, in the German, Montenegrin and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Government of
the Republic of Austria:

Sonja Steßl m.p.

For the Government of
Montenegro:

Slavica Milačić m.p.

U G O V O R
IZMEĐU
VLADE REPUBLIKE AUSTRIJE
I
VLADE CRNE GORE
O IZBJEGAVANJU DVOSTRUKOG OPOREZIVANJA U ODNOSU NA
POREZE NA DOHODAK I IMOVINU

Vlada Republike Austrije i Vlada Crne Gore u želji da zaključe Ugovor o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u odnosu na poreze na dohodak i imovinu,

sporazumjele su se o sljedećem:

Član 1
LICA NA KOJA SE PRIMJENJUJE UGOVOR

Ovaj ugovor primjenjuje se na lica koja su rezidenti jedne ili obje države ugovornice.

Član 2
POREZI NA KOJE SE PRIMJENJUJE UGOVOR

1. Ovaj ugovor primjenjuje se na poreze na dohodak i imovinu koje zavodi država ugovornica ili njene političke jedinice ili jedinice lokalne samouprave, nezavisno od načina naplate.

2. Porezima na dohodak i imovinu smatraju se svi porezi koji se zavode na ukupan dohodak, ukupnu imovinu ili na djelove dohotka ili imovine, uključujući poreze na dobitak od otuđenja pokretne ili nepokretne imovine, poreze na ukupne iznose zarada koje isplaćuju preduzeću, kao i poreze na prirast imovine.

3. Porezi na koje se primjenjuje ovaj ugovor su posebno:

a) u Austriji:

- i. porez na dobit pravnih lica;
- ii. porez na dohodak fizičkih lica;
- iii. porez na zemljište;
- iv. porez na poljoprivredna i šumska preduzeća; i
- v. porez na vrijednost građevinskog zemljišta;

b) u Crnoj Gori:

- i. porez na dobit pravnih lica; i
- ii. porez na dohodak fizičkih lica.

4. Ugovor se primjenjuje i na iste ili bitno slične poreze koji se poslije datuma potpisivanja ovog ugovora zavedu pored ili umjesto postojećih poreza. Nadležni organi država ugovornica obavještavaju jedni druge o značajnim promjenama izvršenim u njihovim poreskim zakonima.

Član 3 OPŠTE DEFINICIJE

1. Za potrebe ovog ugovora, ako iz sadržaja ne proizilazi drugačije:

- a. izraz "Austrija" označava Republiku Austriju;
- b. izraz "Crna Gora" označava državu Crnu Goru, a upotrijebljen u geografskom smislu označava suvozemnu (kopnenu) teritoriju Crne Gore, njene unutrašnje morske vode i pojas teritorijalnog mora, vazdušni prostor nad njima, kao i morsko dno i podzemlje dijela otvorenog mora izvan spoljne granice teritorijalnog mora, nad kojima Crna Gora vrši suverena prava radi istraživanja i korišćenja njihovih prirodnih bogatstava, u skladu sa svojim unutrašnjim zakonodavstvom i međunarodnim pravom;
- c. izraz "lice" obuhvata fizičko lice, kompaniju i svako drugo društvo lica;
- d. izraz "kompanija" označava akcionarsko društvo ili lice koje se smatra akcionarskim društvom za poreske svrhe;
- e. izraz "preduzeće" primjenjuje se na bilo koje poslovanje;
- f. izrazi "preduzeće države ugovornice" i "preduzeće druge države ugovornice" označavaju preduzeće kojim upravlja rezident države ugovornice, odnosno preduzeće kojim upravlja rezident druge države ugovornice;
- g. izraz "međunarodni saobraćaj" označava saobraćaj pomorskim brodom ili vazduhoplovom koji obavlja preduzeće sa sjedištem stvarne uprave u državi ugovornici, osim ako se saobraćaj obavlja pomorskim brodom ili vazduhoplovom isključivo između mjesta u drugoj državi ugovornici;
- h. izraz "nadležan organ" označava:
 - i. u Austriji: Savezno ministarstvo finansija, ili njegov ovlašćeni predstavnik;
 - ii. u Crnoj Gori: Ministarstvo finansija, ili njegov ovlašćeni predstavnik;
- i. izraz "državljanin" označava :
 - i. fizičko lice koje ima državljanstvo države ugovornice;
 - ii. pravno lice, ortačko društvo ili udruženje koje takav status ima na osnovu zakonodavstva važećeg u državi ugovornici;
- j. izraz "poslovanje" označava obavljanje profesionalnih djelatnosti i drugih djelatnosti nezavisnog karaktera.

2. Kada država ugovornica primjenjuje Ugovor, svaki izraz koji u njemu nije definisan ima značenje, osim ako kontekst ne zahtijeva drugačije, koje ima u vrijeme primjene Ugovora, prema zakonu te države za potrebe poreza na koje se Ugovor primjenjuje i značenje prema važećim poreskim zakonima koje primjenjuje ta država ima prednost u odnosu na značenje koje tom izrazu daju drugi zakoni te države.

Član 4 REZIDENT

1. Izraz "rezident države ugovornice", za potrebe ovog ugovora, označava lice koje, prema zakonima te države, podliježe oporezivanju u toj državi po osnovu svog prebivališta, boravišta, sjedišta uprave ili drugog mjerila slične prirode, i uključuje tu državu ili njenu političku jedinicu ili jedinicu lokalne samouprave. Ovaj izraz, međutim ne obuhvata lice koje u toj državi podliježe oporezivanju samo za dohodak iz izvora u toj državi ili za imovinu koja se u njoj nalazi.

2. Ako je, prema odredbama stava 1 ovog člana, fizičko lice rezident obje države ugovornice, njegov se status određuje na sledeći način:

- a. smatra se da je rezident samo države u kojoj ima stalno mjesto stanovanja; ako ima stalno mjesto stanovanja u obje države, smatra se da je rezident samo države sa kojom su njegove lične i ekonomske veze tiješnje (središte životnih interesa);
- b. ako ne može da se odredi u kojoj državi ima središte životnih interesa ili ako ni u jednoj državi nema stalno mjesto stanovanja, smatra se da je rezident samo države u kojoj ima uobičajeno mjesto stanovanja;
- c. ako ima uobičajeno mjesto stanovanja u obje države ili ga nema ni u jednoj od njih, smatra se da je rezident samo države čiji je državljanin;
- d. ako je državljanin obje države ili nijedne od njih, nadležni organi država ugovornica riješiće pitanje zajedničkim dogovorom.

3. Ako je, prema odredbama stava 1 ovog člana lice, osim fizičkog, rezident obje države ugovornice, smatra se da je rezident samo države u kojoj se nalazi njegovo sjedište stvarne uprave.

Član 5 STALNA JEDINICA

1. Izraz "stalna jedinica", za potrebe ovog ugovora, označava stalno mjesto preko kojeg preduzeće potpuno ili djelimično obavlja poslovanje.

2. Pod izrazom "stalna jedinica" podrazumijeva se naročito:

- a. sjedište uprave;
- b. ogranak;
- c. poslovnica;
- d. fabrika;
- e. radionica; i
- f. rudnik, izvor nafte ili gasa, kamenolom ili drugo mjesto iskorišćavanja prirodnih bogatstava.

3. Gradilište ili građevinski ili montažni projekt čine stalnu poslovnu jedinicu samo ako traju duže od dvanaest mjeseci.

4. Izuzetno od prethodnih odredaba ovog člana, pod izrazom stalna jedinica ne podrazumijeva se:

- a. korišćenje objekata i opreme isključivo u svrhe uskladištenja, izlaganja ili isporuke dobara ili robe koja pripada preduzeću;
- b. održavanje zalihe dobara ili robe koja pripada preduzeću isključivo u svrhu uskladištenja, izlaganja ili isporuke;
- c. održavanje zalihe dobara ili robe koja pripada preduzeću isključivo sa svrhom da je drugo preduzeće preradi;
- d. održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo u svrhu kupovine dobara ili robe ili pribavljanja obavještenja za preduzeće;
- e. održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo u svrhu obavljanja, za preduzeće, svake druge djelatnosti koja ima pripremni ili pomoćni karakter;

- f. održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo u svrhu djelatnosti navedenih u tač. a. do e. u bilo kojoj kombinaciji, pod uslovom da je ukupna djelatnost stalnog mjesta poslovanja koja nastaje iz ove kombinacije pripremno ili pomoćnog karaktera.

5. Izuzetno od odredaba st. 1 i 2 ovog člana, kada lice - osim zastupnika sa samostalnim statusom na koga se primjenjuje stav 6 ovog člana - radi u ime preduzeća i ima i uobičajeno koristi u državi ugovornici ovlašćenje da zaključuje ugovore u ime preduzeća, smatra se da to preduzeće ima stalnu jedinicu u toj državi u odnosu na djelatnosti koje to lice obavlja za preduzeće, osim ako su djelatnosti tog lica ograničene na djelatnosti navedene u stavu 4 ovog člana koje, ako bi se obavljale preko stalnog mjesta poslovanja, ne bi ovo stalno mjesto poslovanja činile stalnom jedinicom prema odredbama tog stava.

6. Ne smatra se da preduzeće ima stalnu jedinicu u državi ugovornici samo zato što u toj državi obavlja svoje poslove preko posrednika, generalnog komisionog zastupnika ili drugog predstavnika sa samostalnim statusom ako ta lica djeluju u okviru svoje redovne poslovne djelatnosti.

7. Činjenica da kompanija koja je rezident države ugovornice kontroliše ili je pod kontrolom kompanije koja je rezident druge države ugovornice ili koja obavlja poslovanje u toj drugoj državi (preko stalne jedinice ili na drugi način), sama po sebi nije dovoljna da se jedna kompanija smatra stalnom jedinicom druge kompanije.

Član 6

DOHODAK OD NEPOKRETNE IMOVINE

1. Dohodak koji rezident države ugovornice ostvari od nepokretne imovine (uključujući dohodak od poljoprivrede ili šumarstva) koja se nalazi u drugoj državi ugovornici može se oporezivati u toj drugoj državi.

2. Izraz "nepokretna imovina" ima značenje prema zakonu države ugovornice u kojoj se odnosna nepokretna imovina nalazi. Ovaj izraz u svakom slučaju obuhvata imovinu koja pripada nepokretnoj imovini, stočni fond i opremu koja se koristi u poljoprivredi i šumarstvu, prava na koja se primjenjuju odredbe opšteg zakona o zemljišnoj svojini, plodouživanje nepokretne imovine i prava na promjenljiva ili stalna plaćanja kao naknade za iskorišćavanje ili za pravo na iskorišćavanje mineralnih nalazišta, izvora i drugih prirodnih bogatstava; pomorski brodovi i vazduhoplovi ne smatraju se nepokretnom imovinom.

3. Odredbe stava 1 ovog člana primjenjuju se na dohodak koji se ostvari neposrednim korišćenjem, iznajmljivanjem ili drugim načinom korišćenja nepokretne imovine.

4. Odredbe st. 1 i 3 ovog člana primjenjuju se i na dohodak od nepokretne imovine preduzeća.

Član 7

DOBIT OD POSLOVANJA

1. Dobit preduzeća države ugovornice oporezuje se samo u toj državi, osim ako preduzeće obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici preko stalne jedinice koja se u njoj nalazi. Ako preduzeće obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici preko stalne jedinice, dobit preduzeća može se oporezivati u toj drugoj državi, ali samo do iznosa koji se pripisuje toj stalnoj jedinici.

2. Zavisno od odredbe stava 3 ovog člana, kada preduzeće države ugovornice obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici preko stalne jedinice koja se u njoj nalazi, u svakoj državi ugovornici se toj stalnoj jedinici pripisuje dobit koju bi mogla da ostvari da je bila odvojeno i posebno preduzeće koje se bavi istim ili sličnim djelatnostima, pod istim ili sličnim uslovima i da je poslovala potpuno samostalno sa preduzećem čija je stalna jedinica.

3. Pri određivanju dobiti stalne jedinice, kao odbici priznaju se troškovi koji su učinjeni za potrebe stalne jedinice, uključujući troškove upravljanja i opšte administrativne troškove, bilo u državi u kojoj se nalazi stalna jedinica ili na drugom mjestu.

4. Ako je uobičajeno da se u državi ugovornici dobit koja se pripisuje stalnoj jedinici određuje na osnovu raspodjele ukupne dobiti preduzeća na njegove posebne djelove, rješenje iz stava 2 ovog člana ne sprječava tu državu ugovornicu da takvom uobičajenom raspodjelom odredi dobit koja se oporezuje; usvojeni metod raspodjele treba da bude takav da rezultat bude u skladu sa načelima koja su sadržana u ovom članu.

5. Stalnoj jedinici ne pripisuje se dobit ako ta stalna jedinica samo kupuje dobra ili robu za preduzeće.

6. Za potrebe prethodnih stavova, dobit koja se pripisuje stalnoj jedinici određuje se istom metodom iz godine u godinu, osim ako postoji opravdan i dovoljan razlog da se postupi drugačije.

7. Kada dobit obuhvata djelove dohotka koji su regulisani posebnim članovima ovog ugovora, odredbe ovog člana ne utiču na odredbe tih članova.

Član 8 POMORSKI I VAZDUŠNI SAOBRAĆAJ

1. Dobit od korišćenja brodova ili vazduhoplova u međunarodnom saobraćaju oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj je sjedište stvarne uprave preduzeća.

2. Ako se sjedište stvarne uprave preduzeća koje se bavi pomorskim saobraćajem nalazi na pomorskom brodu, smatra se da se nalazi u državi ugovornici u kojoj se nalazi matična luka pomorskog broda ili, ako nema matične luke, u državi ugovornici čiji je rezident korisnik pomorskog broda.

3. Odredbe stava 1 primjenjuju se i na dobit od učešća u pulu, zajedničkom poslovanju ili međunarodnoj poslovnoj agenciji.

Član 9 POVEZANA PREDUZEĆA

1. Ako

- a. preduzeće države ugovornice učestvuje neposredno ili posredno u upravljanju, kontroli ili imovini preduzeća druge države ugovornice, ili
- b. ista lica učestvuju neposredno ili posredno u upravljanju, kontroli ili imovini preduzeća države ugovornice i preduzeća druge države ugovornice

i ako su i u jednom i u drugom slučaju, između ta dva preduzeća, u njihovim trgovinskim ili finansijskim odnosima, dogovoreni ili nametnuti uslovi koji se razlikuju od uslova koji bi bili dogovoreni između nezavisnih preduzeća, dobit koju bi, da nema tih uslova, ostvarilo jedno od preduzeća, ali je zbog tih uslova nije ostvarilo, može se uključiti u dobit tog preduzeća i shodno tome oporezovati.

2. Ako država ugovornica uključuje u dobit preduzeća te države dobit za koju je preduzeće druge države ugovornice oporezovano u toj drugoj državi, i shodno tome je oporezuje, i ako je tako uključena dobit ona dobit koju bi preduzeće prvopomenute države ostvarilo da su uslovi dogovoreni između ta dva preduzeća bili oni uslovi koje bi dogovorila nezavisna preduzeća, ta druga država vrši odgovarajuću korekciju iznosa poreza koji je u njoj utvrđen na tu dobit. Prilikom vršenja te korekcije, vodiće se računa o ostalim odredbama ovog ugovora i, ako je to potrebno, nadležni organi država ugovornica međusobno će se konsultovati.

Član 10 DIVIDENDE

1. Dividende koje isplaćuje kompanija rezident države ugovornice rezidentu druge države ugovornice mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

2. Međutim, takve dividende mogu se oporezivati i u državi ugovornici čiji je rezident kompanija koja isplaćuje dividende i to u skladu sa zakonima te države, ali ako je stvarni vlasnik dividendi rezident druge države ugovornice, tada tako utvrđeni porez ne može biti veći od:

- a. 5 odsto bruto iznosa dividendi ako je stvarni vlasnik kompanija (izuzimajući partnerstvo), koja neposredno ima najmanje 5 odsto kapitala kompanije koja isplaćuje dividende;
- b. 10 odsto bruto iznosa dividendi u svim drugim slučajevima.

Ovaj stav ne utiče na oporezivanje dobiti kompanije iz koje se dividende isplaćuju.

3. Izraz "dividende", u ovom članu, označava dohodak od akcija, „jouissance“ akcija ili „jouissance“ prava, rudarskih akcija, osnivačkih akcija ili drugih prava učešća u dobiti koja nijesu potraživanja duga, kao i dohodak od drugih prava kompanije koji je poreski izjednačen sa dohotkom od akcija u zakonima države čiji je rezident kompanija koja vrši raspodjelu.

4. Odredbe st. 1 i 2 ovog člana ne primjenjuju se ako stvarni vlasnik dividendi, rezident države ugovornice, obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici čiji je rezident kompanija koja isplaćuje dividende preko stalne jedinice koja se nalazi u toj državi, a akcije na osnovu kojih se dividende isplaćuju stvarno pripadaju stalnoj jedinici. U tom slučaju primjenjuju se, prema potrebi, odredbe člana 7 ovog ugovora.

5. Ako kompanija koja je rezident države ugovornice ostvaruje dobit ili dohodak iz druge države ugovornice, ta druga država ne može da zavede porez na dividende koje isplaćuje kompanija, osim ako su te dividende isplaćene rezidentu te druge države ili ako akcije na osnovu kojih se dividende isplaćuju stvarno pripadaju stalnoj jedinici koja se nalazi u toj drugoj državi, niti da neraspodjeljenu dobit kompanije oporezuje porezom na neraspodjeljenu dobit kompanije, čak i ako se isplaćene dividende ili neraspodjeljena dobit u potpunosti ili djelimično sastoje od dobiti ili dohotka koji su nastali u toj drugoj državi.

Član 11 KAMATA

1. Kamata koja nastaje u državi ugovornici a isplaćuje se rezidentu druge države ugovornice, može se oporezivati u toj drugoj državi.

2. Međutim, kamata se može oporezivati i u državi ugovornici u kojoj nastaje, u skladu sa zakonima te države, ali ako je stvarni vlasnik kamate rezident druge države ugovornice, razrezan porez ne može biti veći od 10 odsto bruto iznosa kamate.

3. Izuzetno od odredaba stava 2 ovog člana, kamata se izuzima od oporezivanja u državi ugovornici u kojoj nastaje ukoliko je kamata plaćena na zajam, potraživanja po osnovu duga ili kredita koji se duguje, ili koji je dat, pružen, garantovan ili osiguran od strane te države ili njene političke jedinice, jedinice lokalne samouprave ili agencije za finansiranje izvoza iste.

4. Izraz "kamate", za potrebe ovog člana, označava dohodak od potraživanja duga svake vrste, nezavisno od toga da li su obezbijeđena zalogom ili ne i da li se na osnovu njih stiže pravo na učešće u dobiti dužnika ili ne, a naročito dohodak od državnih hartija od vrijednosti i dohodak od obveznica ili obveznica zajma, uključujući premije i nagrade na takve hartije od vrijednosti ili obveznice. Zatezne kamate zbog kašnjenja pri isplati ne smatraju se kamatama za svrhe ovog člana.

5. Odredbe st. 1 i 2 ovog člana ne primjenjuju se ako stvarni vlasnik kamate, rezident države ugovornice, obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici u kojoj kamata nastaje, preko stalne jedinice koja se nalazi u toj državi, a potraživanje duga na koje se plaća kamata je stvarno povezano s tom stalnom jedinicom. U tom slučaju se primjenjuju, prema potrebi, odredbe člana 7 ovog ugovora.

6. Smatra se da kamata nastaje u državi ugovornici kada je isplatilac kamate rezident te države. Kada lice koje plaća kamatu, bez obzira na to da li je rezident države ugovornice, ima u toj državi ugovornici stalnu jedinicu u vezi sa kojom je povezan dug na koji se plaća kamata, a tu kamatu snosi ta stalna jedinica, smatra se da kamata nastaje u državi u kojoj se nalazi stalna jedinica.

7. Ako iznos kamate, zbog posebnog odnosa između platioca kamate i stvarnog vlasnika ili između njih i trećeg lica, imajući u vidu potraživanje duga za koje se ona plaća, prelazi iznos koji bi bio ugovoren između platioca kamate i stvarnog vlasnika, odredbe ovog člana primjenjuju se samo na iznos koji bi bio ugovoren da takvog odnosa nema. U tom slučaju višak plaćenog iznosa oporezuje se saglasno zakonima svake države ugovornice, imajući u vidu ostale odredbe ovog ugovora.

Član 12 AUTORSKE NAKNADE

1. Autorske naknade koje nastaju u državi ugovornici a isplaćuju se rezidentu druge države ugovornice, mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

2. Međutim, autorske naknade se mogu oporezivati i u državi ugovornici u kojoj nastaju, u skladu sa zakonima te države, ali ako je stvarni vlasnik autorskih naknada rezident druge države ugovornice, razrezan porez ne može biti veći od:

- a. 5 odsto bruto iznosa autorskih naknada navedenih u tački a stava 3;
- b. 10 odsto bruto iznosa autorskih naknada navedenih u tački b stava 3.

3. Izraz "autorske naknade", u ovom članu, označava plaćanja bilo koje vrste koja su primljena kao naknada za korišćenje ili za pravo korišćenja:

- a. autorskog prava na književno, umjetničko ili naučno djelo uključujući kinematografske filmove i snimke na kasetama ili drugi mediji koji se koriste za radio ili televizijski program ili druga sredstva za reprodukciju ili prenos ili kompjuterski softver; i
- b. patenta, zaštitnog znaka, nacрта ili modela, plana, tajne formule ili postupka, ili obavještenja koja se odnose na industrijska, komercijalna ili naučna iskustva.

4. Odredbe stava 1 ovog člana ne primjenjuju se ako stvarni vlasnik autorskih naknada, rezident države ugovornice, obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici u kojoj autorske naknade nastaju, preko stalne jedinice koja se nalazi u toj drugoj državi ugovornici, a pravo ili imovina na osnovu kojih se autorske naknade plaćaju stvarno pripadaju toj stalnoj jedinici. U tom slučaju primjenjuju se, prema potrebi, odredbe člana 7.

5. Smatra se da autorske naknade nastaju u državi ugovornici kada je isplatilac rezident te države. Kada lice koje plaća autorske naknade, bez obzira na to da li je rezident države ugovornice, ima u državi ugovornici stalnu jedinicu u vezi sa kojom je nastala obaveza plaćanja autorskih naknada, a te autorske naknade padaju na teret te stalne jedinice, smatra se da autorske naknade nastaju u državi u kojoj se nalazi stalna jedinica.

6. Ako iznos autorskih naknada, zbog posebnog odnosa između platioca i stvarnog vlasnika ili između njih i trećeg lica, imajući u vidu korišćenje, pravo ili informaciju za koje se one plaćaju, prelazi iznos koji bi bio ugovoren između platioca i stvarnog vlasnika da takvog odnosa nema, odredbe ovog člana primjenjuju se samo na iznos koji bi tada bio ugovoren. U tom slučaju višak plaćenog iznosa oporezuje se saglasno zakonima svake države ugovornice, imajući u vidu ostale odredbe ovog ugovora.

Član 13 KAPITALNI DOBITAK

1. Dobit koju ostvari rezident države ugovornice od otuđenja nepokretne imovine navedene u članu 6 ovog ugovora, a koja se nalazi u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u toj drugoj državi.

2. Dobit od otuđenja pokretne imovine koja čini dio imovine namijenjene za poslovanje stalne jedinice koju preduzeće države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici, uključujući i prihode od otuđenja te stalne jedinice (same ili zajedno s cijelim preduzećem), može se oporezivati u toj drugoj državi.

3. Dobit od otuđenja pomorskih brodova ili vazduhoplova koji se koriste u međunarodnom saobraćaju ili od pokretne imovine koja se odnosi na takve pomorske brodove ili vazduhoplove, oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave preduzeća.

4. Dobit od otuđenja imovine, osim imovine navedene u st. 1, 2 i 3 ovog člana, oporezuje se samo u državi ugovornici čiji je rezident lice koje je otuđilo imovinu.

Član 14

PRIMANJA PO OSNOVU ZAPOSLENJA

1. Zavisno od odredaba čl. 15, 17, 18 i 19 ovog ugovora, zarade, naknade i druga slična primanja koja rezident države ugovornice ostvari po osnovu zaposlenja, oporezuju se samo u toj državi, osim ako se zaposlenje vrši u drugoj državi ugovornici. Ako se zaposlenje vrši na taj način, takva primanja koja se u njoj ostvaruju mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

2. Izuzetno od odredaba stava 1 ovog člana, primanja koja rezident države ugovornice ostvari po osnovu zaposlenja u drugoj državi ugovornici oporezuju se samo u prvopomenutoj državi:

- a. ako primalac boravi u drugoj državi u periodu ili periodima koji ukupno ne prelaze 183 dana u odnosnoj fiskalnoj godini, i
- b. ako se primanja isplaćuju od strane ili u ime poslodavca koji nije rezident druge države, i
- c. ako primanja ne padaju na teret stalne jedinice koju poslodavac ima u drugoj državi.

3. Izuzetno od prethodnih odredaba ovog člana, primanja ostvarena po osnovu zaposlenja na pomorskom brodu ili vazduhoplovu koji se koristi u međunarodnom saobraćaju, mogu se oporezivati u državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave preduzeća.

Član 15

PRIMANJA DIREKTORA

Primanja direktora i druga slična primanja koja ostvari rezident države ugovornice, u svojstvu člana odbora direktora kompanije koja je rezident druge države ugovornice, mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

Član 16

UMJETNICI I SPORTISTI

1. Izuzetno od odredaba čl. 7 i 14 ovog ugovora, dohodak koji ostvari rezident države ugovornice kao izvođač pozorišne, filmske, radio ili televizijske umjetnosti, ili kao muzičar ili sportista, od svoje samostalne djelatnosti u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u toj drugoj državi.

2. Ako dohodak od lično obavljenih djelatnosti izvođača ili sportiste ne pripada lično izvođaču ili sportisti nego drugom licu, taj dohodak se, izuzetno od odredaba čl. 7 i 14 ovog ugovora, može oporezivati u državi ugovornici u kojoj su obavljene djelatnosti izvođača ili sportiste.

3. Odredbe st. 1 i 2 ovog člana ne primjenjuju se na dohodak od djelatnosti umjetnika ili sportista obavljenih u državi ugovornici ako je posjeta toj državi u cjelosti ili u većini finansirana iz javnih fondova druge države ugovornice ili od strane njene političke jedinice ili jedinice lokalne samouprave ili od strane institucije koja je priznata kao neprofitna institucija. U tom slučaju, dohodak se oporezuje samo u državi ugovornici čiji je umjetnik ili sportista rezident.

Član 17 PENZIJE

Zavisno od odredaba stava 2 člana 18 ovog ugovora, penzije i druga slična primanja koja se isplaćuju rezidentu države ugovornice po osnovu ranijeg radnog odnosa, oporezuju se samo u toj državi.

Član 18 JAVNA SLUŽBA

1.
 - a. Zarade, naknade i druga slična primanja, koje plaća država ugovornica ili njena politička jedinica ili jedinica lokalne samouprave fizičkom licu, za usluge učinjene toj državi ili političkoj jedinici ili jedinici lokalne samouprave, oporezuju se samo u toj državi.
 - b. Međutim, zarade, naknade i druga slična primanja oporezuju se samo u drugoj državi ugovornici ako su usluge učinjene u toj državi, a fizičko lice je rezident te države koje je:
 - i. državljanin te države; ili
 - ii. koje nije postalo rezident te države samo zbog vršenja usluga.
2.
 - a. Izuzetno od odredbi stava 1, penzije i druga slična primanja koja fizičkom licu plaća država ugovornica ili njena politička jedinica ili jedinica lokalne samouprave neposredno ili iz fondova za usluge učinjene toj državi ili političkoj jedinici ili jedinici lokalne samouprave oporezuje se samo u toj državi.
 - b. Međutim, takve penzije i druga slična primanja oporezuju se samo u drugoj državi ugovornici ako je fizičko lice rezident i državljanin te države.
3. Odredbe stava 1 ovog člana primjenjuju se i na zarade, naknade i druga slična primanja isplaćena zaposlenima u predstavništvima Privrednih komora država ugovornica u drugoj državi ugovornici.
4. Odredbe čl. 14, 15, 16 i 17 ovog ugovora primjenjuju se na zarade, naknade, penzije i druga slična primanja, za usluge učinjene u vezi sa privrednom djelatnošću države ugovornice ili njene političke jedinice ili jedinice lokalne samouprave.

Član 19 STUDENTI

1. Student ili lice na stručnoj obuci koje je neposredno prije odlaska u državu ugovornicu bilo rezident ili je rezident druge države ugovornice, a boravi u prvopomenutoj državi isključivo radi obrazovanja ili obučavanja, ne oporezuje se u toj državi za primanja koja dobija za izdržavanje, obrazovanje ili obučavanje, pod uslovom da su ta primanja iz izvora van te države.
2. Primanja studenta ili lica na stručnoj obuci, koji je ili je ranije bio rezident države ugovornice, koja proizilaze iz radnog odnosa u drugoj državi ugovornici u periodu ili periodima koji ukupno ne prelaze 183 dana u poreskoj godini, ne oporezuju se u toj drugoj državi ukoliko je zaposlenje direktno povezano sa njegovim studijama ili stručnoj obuci u prvopomenutoj državi.

Član 20 OSTALI DOHODAK

1. Djelovi dohotka rezidenta države ugovornice, bez obzira na to gdje nastaju, koji nijesu regulisani u prethodnim članovima ovog ugovora oporezuju se samo u toj državi.
2. Odredbe stava 1 ne primjenjuju se na dohodak, izuzimajući dohodak od nepokretne imovine definisane u stavu 2 člana 6 ovog ugovora, ako primalac tog dohotka - rezident države ugovornice obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici preko stalne jedinice koja se u njoj nalazi, a pravo ili

imovina na osnovu kojih se dohodak plaća stvarno su povezani sa stalnom jedinicom. U tom slučaju se, prema potrebi, primjenjuju odredbe člana 7 ovog ugovora.

Član 21 IMOVINA

1. Imovina koja se sastoji od nepokretne imovine navedene u članu 6 ovog ugovora koju poseduje rezident države ugovornice i koja se nalazi u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u toj drugoj državi.
2. Imovina koja se sastoji od pokretne imovine koja predstavlja dio poslovne imovine stalne poslovne jedinice koju preduzeće države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u toj drugoj državi.
3. Imovina koja se sastoji od pomorskih brodova i vazduhoplova koji se koriste u međunarodnom saobraćaju i pokretne imovine koja služi za korišćenje tih pomorskih brodova i vazduhoplova, oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave preduzeća.
4. Sva ostala imovina rezidenta države ugovornice oporezuje se samo u toj državi.

Član 22 OTKLANJANJE DVOSTRUKOG OPOREZIVANJA

Dvostruko oporezivanje otklanja se ne sljedeći način:

1. U Austriji:

- a. Ako rezident Austrije ostvaruje dohodak ili posjeduje imovinu, koji se, u skladu s odredbama ovog ugovora, može oporezivati u Crnoj Gori, Austrija odobrava:
 - i. kao odbitak od poreza na dohodak tog rezidenta, iznos jednak porezu na dohodak koji je plaćen u Crnoj Gori;
 - ii. kao odbitak od poreza na imovinu tog rezidenta, iznos jednak porezu na imovinu koji je plaćen u Crnoj Gori.

Taj odbitak ne može biti veći od dijela poreza na dohodak ili imovinu, kako je obračunat prije izvršenog odbijanja, koji odgovara dohotku ili imovini koji se može oporezivati u toj drugoj državi.

- b. Ako rezident Austrije, koji se bavi aktivnim biznisom u Crnoj Gori, ostvaruje dohodak koji se, u skladu sa odredbama člana 7 ovog ugovora, može oporezovati u Crnoj Gori, Austrija će takav dohodak, izuzetno od stava 2 tačke a, izuzeti od oporezivanja. Izuzetno od odredbi stava 2 tačke a, to izuzeće primjenjuje se i na dohodak koji ostvari rezident Austrije koji se, u skladu sa odredbama člana 14, može oporezivati u Crnoj Gori.

- c. Ako je, u skladu s nekom odredbom ugovora, dohodak ili imovinu koji ostvari rezident Austrije izuzet je od oporezivanja u Austriji, Austrija može, pri obračunavanju poreza na ostali dohodak ili imovinu tog rezidenta, da uzme u obzir izuzeti dohodak ili imovinu.

2. U Crnoj Gori:

- a. Ako rezident Crne Gore ostvaruje dohodak ili posjeduje imovinu, koji se, u skladu s odredbama ovog ugovora, može oporezivati u Austriji, Crna Gora odobrava:
 - i. kao odbitak od poreza na dohodak tog rezidenta, iznos jednak porezu na dohodak koji je plaćen u Austriji;
 - ii. kao odbitak od poreza na imovinu tog rezidenta, iznos jednak porezu na imovinu koji je plaćen u Austriji.

Taj odbitak ne može biti veći od dijela poreza na dohodak ili imovinu, kako je obračunat prije izvršenog odbijanja, koji odgovara dohotku ili imovini koji se može oporezivati u Austriji.

- b. Ako je, u skladu s nekom odredbom ugovora, dohodak koji ostvari rezident Crne Gore izuzet od oporezivanja u Crnoj Gori, Crna Gora može, pri obračunavanju poreza na ostali dohodak ili imovinu tog rezidenta, da uzme u obzir izuzeti dohodak ili imovinu.

Član 23

JEDNAK TRETMAN

1. Državljeni države ugovornice ne podliježu u drugoj državi ugovornici oporezivanju ili zahtjevu u vezi s oporezivanjem koje je drukčije ili teže od oporezivanja i zahtjeva u vezi s oporezivanjem, posebno u odnosu na rezidentnost, kojima državljani te druge države u istim uslovima, podliježu ili mogu podleći. Ova odredba se, nezavisno od odredaba člana 1, primjenjuje i na lica koja nijesu rezidenti jedne ili obje države ugovornice.

2. Oporezivanje stalne jedinice koju preduzeće države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici ne može biti nepovoljnije u toj drugoj državi od oporezivanja preduzeća te druge države koja obavljaju iste djelatnosti. Ova odredba ne može se tumačiti tako da obavezuje državu ugovornicu da rezidentima druge države ugovornice odobrava lična oslobađanja, olakšice i umanjenja za svrhe oporezivanja zbog ličnog statusa ili porodičnih obaveza koje odobrava svojim rezidentima.

3. Kamata, autorske naknade i druge isplate koje preduzeće države ugovornice plaća rezidentu druge države ugovornice, pri utvrđivanju oporezive dobiti tog preduzeća, odbijaju se pod istim uslovima kao da su plaćene rezidentu prvopomenute države, osim kada se primjenjuju odredbe člana 9 stav 1, člana 11 stav 7 ili člana 12 stav 6 ovog ugovora. Takođe, dugovi preduzeća države ugovornice rezidentu druge države ugovornice, pri utvrđivanju oporezive imovine tog preduzeća, odbijaju se pod istim uslovima kao da su bili ugovoreni s rezidentom prvopomenute države.

4. Preduzeća države ugovornice čiju imovinu potpuno ili djelimično posjeduju ili kontrolišu, posredno ili neposredno, jedan ili više rezidenata druge države ugovornice, u prvopomenutoj državi ugovornici ne podliježu oporezivanju ili obavezi u vezi s oporezivanjem, koje je drukčije ili teže od oporezivanja i obaveza u vezi s oporezivanjem kome druga slična preduzeća prvopomenute države podliježu ili mogu podleći.

5. Odredbe ovog člana primjenjuju se na poreze navedene u članu 2 ovog ugovora.

Član 24

POSTUPAK ZAJEDNIČKOG DOGOVARANJA

1. Ako lice smatra da mjere jedne ili obje države ugovornice dovode ili će dovesti do toga da ne bude oporezovano u skladu s odredbama ovog ugovora, ono može, bez obzira na pravna sredstva predviđena unutrašnjim zakonom tih država, da izloži svoj slučaj nadležnom organu države ugovornice čiji je rezident ili, ako njegov slučaj potpada pod stav 1 člana 23 ovog ugovora one države ugovornice čiji je državljanin. Slučaj mora biti izložen u roku od tri godine od dana prvog obavještenja o mjeri koja dovodi do oporezivanja koje nije u skladu s odredbama ovog ugovora.

2. Ako nadležni organ smatra da je prigovor opravdan i ako nije u mogućnosti da sam dođe do zadovoljavajućeg rješenja, nastojće da slučaj riješi zajedničkim dogovorom s nadležnim organom druge države ugovornice radi izbjegavanja oporezivanja koje nije u skladu s ovim ugovorom. Postignuti dogovor primjenjuje se bez obzira na vremenska ograničenja u unutrašnjem zakonu država ugovornica.

3. Nadležni organi država ugovornica nastoje da zajedničkim dogovorom otklone teškoće ili nejasnoće koje nastaju pri tumačenju ili primjeni ovog ugovora. Oni se mogu i zajednički savjetovati radi otklanjanja dvostrukog oporezivanja u slučajevima koji nisu predviđeni ovim ugovorom.

4. Nadležni organi država ugovornica mogu neposredno međusobno komunicirati, uključujući komunikaciju preko zajedničke komisije koju čine njihovi predstavnici, radi postizanja dogovora u smislu prethodnih stavova ovog člana.

Član 25 RAZMJENA OBAVJEŠTENJA

1. Nadležni organi država ugovornica razmjenjuju obavještenja koja se smatraju relevantnim za primjenu odredaba ovog ugovora ili primjenu ili sprovođenje unutrašnjih zakona država ugovornica koji se odnose na poreze bilo koje vrste i oblika koje zavode države ugovornice ili njihove političke jedinice ili jedinice lokalne samouprave ako oporezivanje predviđeno tim zakonima nije u suprotnosti s ovim ugovorom. Razmjena obavještenja nije ograničena čl. 1 i 2 ovog ugovora.

2. Obavještenje primljeno od države ugovornice iz stava 1 smatra se tajnom isto kao i obavještenje dobijeno prema unutrašnjim zakonima te države i može se saopštiti samo licima ili organima (uključujući sudove i upravne organe) koji su nadležni za razrez ili naplatu, prinudno ili sudsko izvršenje ili rješavanje po žalbama, u odnosu na poreze navedene u stavu 1 ili na nadzor nad gore navedenim. Ta lica ili organi koriste obavještenja samo za te svrhe. Oni mogu saopštiti obavještenja u javnom sudskom postupku ili u sudskim odlukama. Izuzetno od prethodno navedenog, obavještenje primljeno od strane države ugovornice može se koristiti za druge svrhe kada se to obavještenje može koristiti za te druge svrhe u skladu sa zakonima obje države ugovornice i nadležni organ države ugovornice koji daje obavještenja, odobrava takvo korišćenje.

3. Odredbe st. 1 i 2 ovog člana ne mogu se ni u kom slučaju tumačiti kao obaveza države ugovornice da:

- a. preduzima upravne mjere suprotne zakonima ili upravnoj praksi te ili druge države ugovornice;
- b. daje obavještenja koja se ne mogu dobiti na osnovu zakona ili u redovnom upravnom postupku te ili druge države ugovornice;
- c. daje obavještenja koja otkrivaju trgovinsku, poslovnu, industrijsku, komercijalnu ili profesionalnu tajnu ili poslovni postupak ili obavještenje čije bi saopštenje bilo suprotno javnom poretku.

4. Ukoliko država ugovornica traži obavještenja u skladu sa ovim članom, druga država ugovornica koristi svoje mjere za pribavljanje traženih obavještenja čak i ako toj drugoj državi ugovornici ta obavještenja nijesu potrebna za sopstvene poreske svrhe. Obaveza sadržana u prethodnoj rečenici podliježe ograničenjima iz stava 3, ali se ni u kom slučaju ta ograničenja ne mogu tumačiti tako da omogućavaju državi ugovornici da odbije da dostavi obavještenja zbog toga što ne postoji domaći interes za takvim obavještenjima.

5. Ograničenja iz stava 3 ne mogu se ni u kom slučaju tumačiti kao mogućnost države ugovornice da odbije dostavljanje obavještenja samo zato što ta obavještenja posjeduje banka, druga finansijska institucija, zastupnik ili lice koje radi u agenciji ili u fiducijarnom svojstvu ili ima veze sa vlasništvom interesa u licu.

Član 26 ČLANOVI DIPLOMATSKIH MISIJA I KONZULATA

Odredbe ovog ugovora ne utiču na poreske povlastice članova diplomatskih misija ili konzulata predviđene opštim pravilima međunarodnog prava ili odredbama posebnih ugovora.

Član 27 MJEŠOVITA PRAVILA

Izuzetno od odredaba bilo kojeg drugog člana ovog ugovora, rezident države ugovornice neće imati koristi od smanjenja ili oslobođenja od plaćanja poreza u drugoj državi ugovornici predviđenih ugovorom, ako je glavni ili jedan od glavnih ciljeva tog rezidenta ili lica koje je povezano sa tim rezidentom, ostvarivanje koristi predviđene ugovorom.

Član 28 STUPANJE NA SNAGU

1. Države ugovornice diplomatskim putem pismeno obavještavaju jedna drugu o okončanju postupaka predviđenih njihovim unutrašnjim zakonima za stupanje na snagu ovog ugovora.

2. Ovaj ugovor stupa na snagu datumom posljednjeg od tih obavještenja, a njegove odredbe se primjenjuju u odnosu na poreze na dohodak i imovinu koji je ostvaren u svakoj poreskoj godini, koja počinje prvog januara ili posle prvog januara kalendarske godine, koja neposredno slijedi godinu u kojoj ugovor stupa na snagu.

Član 29 PRESTANAK VAŽENJA

Ovaj ugovor ostaje na snazi dok ga ne otkáže jedna od država ugovornica. Država ugovornica može otkazati ovaj ugovor diplomatskim putem, dostavljanjem pismenog obavještenja o prestanku njegovog važenja najkasnije šest mjeseci prije kraja bilo koje kalendarske godine koja počinje po isteku perioda od pet godina od dana njegovog stupanja na snagu. U tom slučaju, ovaj ugovor prestaje da se primjenjuje u odnosu na poreze na dohodak i imovinu koji je ostvaren u svakoj poreskoj godini, koja počinje prvog januara ili posle prvog januara kalendarske godine, koja neposredno slijedi godinu u kojoj je dato obavještenje o prestanku važenja.

U potvrdu toga su dolje potpisani, punovažno za to ovlašćeni, potpisali ovaj ugovor.

Sačinjeno u Beču, dana 16. juna 2014. godine, u dva originalna primjerka, na njemačkom, crnogorskom i engleskom jeziku, pri čemu su svi tekstovi podjednako vjerodostojni. U slučaju razlike u tumačenju, mjerodavan je tekst na engleskom jeziku.

ZA VLADU REPUBLIKE AUSTRIJE

Sonja Stebl m.p.

ZA VLADU CRNE GORE

Slavica Milačić m.p.

PROTOKOL

U trenutku potpisivanja Ugovora između Vlade Austrije i Vlade Crne Gore o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u odnosu na poreze na dohodak i imovinu, dolje potpisani su se saglasili da sljedeće odredbe čine sastavni dio Ugovora.

1. U odnosu na član 7

U vezi sa članom 7 st. 1 i 2 ovog ugovora, ako preduzeće države ugovornice prodaje dobra ili robu ili obavlja poslovanje u drugoj državi ugovornici preko stalne jedinice koja se u njoj nalazi, dobit te stalne jedinice ne određuje se na osnovu ukupnog iznosa koje je primilo preduzeće, već se određuje samo na osnovu dijela ukupno primljenog iznosa koji se može pripisati stvarnoj djelatnosti stalne jedinice za tu prodaju ili poslovanje.

U slučaju ugovora o nadzoru, isporuci ili montaži industrijske, komercijalne ili naučne opreme, ili o izgradnji objekata, ili u slučaju ugovora o javnim radovima, kada preduzeće ima stalnu jedinicu, podrazumijeva se da se dobit te stalne jedinice ne određuje na osnovu ukupnog iznosa iz ugovora, već samo na osnovu dijela ukupnog iznosa koji je primilo preduzeće, koji se pripisuje dijelu ugovora koji je stvarno izvršila stalna jedinica u državi u kojoj se ta stalna jedinica nalazi.

Dobit koja se odnosi na dio ugovora koji je izvršila direkcija preduzeća, oporezuje se samo u državi čiji je preduzeće rezident.

2. U odnosu na član 11 stav 3

Podrazumijeva se da su izvozne finansijske agencije u Austriji:

- a. Austrijska Kontrolna Banka; i
- b. Austrijska Razvojna Banka.

3. U odnosu na član 16 stav 3

Podrazumijeva se da odredbe stava 3 ovog člana primjenjuju se i na pravna lica koja rukovode orkestrima, pozorištima, balteskim grupama kao i na članove takvih kulturnih institucija, ako su ta pravna lica u suštini neprofitne organizacije osnovane na duži period i ako je to potvrđeno od strane nadležnog organa države rezidentnosti.

4. U odnosu na član 25

a. Prilikom podnošenja zahtjeva za obavještenjima na osnovu ugovora, u cilju isticanja mogućeg značaja traženih obavještenja, nadležni organ države koja traži obavještenje će, uz zahtjev, nadležnom organu države od koje se traže obavještenja dostaviti sljedeće informacije:

- i. identitet lica koje se nalaze pod istragom;
- ii. opis traženih obavještenja;
- iii. poreski razlog zbog kojeg se traži obavještenje;
- iv. osnovanost za vjerovanje da država od koje se obavještenje potražuje posjeduje ista ili da obavještenja posjeduje ili kontroliše lica koje je pod jurisdikcijom države od koje se obavještenja potražuju;
- v. ukoliko posjeduje, ime i adresu bilo kog lica za koga se vjeruje da posjeduje tražena obavještenja;
- vi. izjavu da je država koja traži obavještenja, na svojoj teritoriji preduzela sve mjere koje joj stoje na raspolaganju, izuzev onih čije preduzimanje bi stvorilo nepremostive teškoće.

b. Podrazumijeva se da član 25 stav 5 ovog ugovora, državu ugovornicu ne obavezuje da spontano ili automatski razmjenjuje obavještenja.

c. Podrazumijeva se da će, pored naprijed navedenih principa, prilikom tumačenja člana 25 ovog ugovora, u obzir biti uzeti i principi utvrđeni u Komentaru Modela ugovora OECD (posebno, stav 5 Komentara člana 26).

5. U odnosu na član 27

Odredbe ovog ugovora neće se tumačiti, u bilo kom smislu, kao ograničenje primjene bilo koje odredbe zakona države ugovornice koje su usmjerene ka sprječavanju izbjegavanja plaćanja ili utaje poreza.

6. Tumačenje Ugovora

Podrazumijeva se da odredbe Ugovora koje su sačinjene u skladu sa odgovarajućim odredbama OECD i UN Modela Ugovora o porezu na dohodak i imovinu imaju isto značenje, kao što je naznačeno i u Komentarima.

U potvrdu toga su dolje potpisani, punovažno za to ovlašćeni, potpisali ovaj ugovor.

Sačinjeno u Beču, dana 16. juna 2014. godine, u dva originalna primjerka, na njemačkom, crnogorskom i engleskom jeziku, pri čemu su svi tekstovi podjednako vjerodostojni. U slučaju razlike u tumačenju, mjerodavan je tekst na engleskom jeziku.

ZA VLADU REPUBLIKE AUSTRIJE

Sonja Stebl m.p.

ZA VLADU CRNE GORE

Slavica Milačić m.p.